



Vorlagen-Nr.	
StVV	III-008/23
HA	

Geschäftsbereich: GB III

Fachbereich: FB 33

Termin der Tagung: 27.09.2023

Vorlage zur Entscheidung

<input type="checkbox"/> durch den Hauptausschuss	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich
<input checked="" type="checkbox"/> durch die Stadtverordnetenversammlung	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input checked="" type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister	29.8.2023	<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr	
<input checked="" type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen	12.9.2023	<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	20.9.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	27.9.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Beratungsgegenstand:

Einteilung des Wahlgebietes "Kreisfreie Stadt Cottbus/Chóšebuz" in Wahlkreise zur Kommunalwahl - Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 9. Juni 2024

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 werden auf der Grundlage des § 21 Abs. 1 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz zur Abgrenzung des Wahlgebietes „Kreisfreie Stadt Cottbus/Chóšebuz“ 4 Wahlkreise, gemäß der beigegeführten Anlagen 3 dieser Vorlage, gebildet.

Tobias Schick

Beratungsergebnis des HA/der StVV:

- einstimmig mit Stimmenmehrheit
- laut Beschlussvorschlag
- mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: _____ TOP: _____

Anzahl der **Ja**-Stimmen: _____

Anzahl der **Nein**-Stimmen: _____

Anzahl der **Stimmenthaltungen**: _____

Problembeschreibung/Begründung:

Gemäß § 7 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz (BbgKWahlG) verordnet der Minister des Innern und für Kommunales (MIK) durch Rechtsverordnung den Wahltag und die Wahlzeit der allgemeinen Kommunalwahlen 2024. Dies ist mit der Veröffentlichung der Verordnung im GVBl. für das Land Brandenburg Teil II vom 21. August 2023 (Anlage 1) erfolgt. Die Kommunalwahl findet am 9.6.2024 in der Zeit von 8 bis 18 Uhr statt.

Soweit nach den Abschnitten 1 bis 9 des BbgKWahlG (Wahl der Stadtverordnetenversammlung) die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Betracht kommt, ist der letzte fortgeschriebene Stand der Bevölkerung, welcher vor der Bekanntgabe des Wahltages vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg veröffentlicht wurde, zugrunde zu legen (§ 96 BbgKWahlG). Dem Statistischen Bericht des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS), Stand per 30. April 2023, ist eine Einwohnerzahl für die Stadt Cottbus/Chósebuz von 99.540 zu entnehmen (Anlage 2).

Für die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz sind bei der Kommunalwahl 2024 46 Stadtverordnete zu wählen (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 BbgKWahlG). Das Wahlgebiet „Kreisfreie Stadt Cottbus/Chósebuz“ ist auf der Grundlage des § 20 Abs. 4 BbgKWahlG in 3 bis 7 Wahlkreise einzuteilen; die Vertretung (Stadtverordnetenversammlung) beschließt die Anzahl und die Abgrenzung der Wahlkreise frühestens 35 Monate nach dem Tage der letzten allgemeinen Kommunalwahlen (§ 21 Abs. 1 BbgKWahlG).

Bei der Abgrenzung der Wahlkreise sind die örtlichen Verhältnisse und der räumliche Zusammenhang zu wahren. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise soll nicht mehr als 25 vom Hundert nach oben oder nach unten betragen; Abweichungen von mehr als 25 vom Hundert bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde, § 21 Abs. 2 BbgKWahlG.

Mit Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus (VG Cottbus) vom 26. Juli 2018 (Az.: VG 1 K 1821/14) hat dieses festgestellt, dass die Wahl der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz vom 25. Mai 2014 ungültig war. Ausweislich der Begründung in dem vorgenannten Urteil verletzt eine pauschale Anwendung der in § 21 Abs. 2 Satz 2 BbgKWahlG gesetzlich vorgesehenen Toleranzgrenze den Grundsatz der Wahlgerechtigkeit.

Finanzielle Auswirkungen: Ja Nein1. Gesamtkosten:2. Sicherstellung der Finanzierung:3. Folgekosten:

Zur Vorlage III-008/23

Das VG Cottbus nimmt in seiner Begründung Bezug auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 22.10.2008 (Az.: 8 C 1.08).

Das BVerwG entschied zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 13.06.2004, dass „ein Rückgriff auf die 25%-Abweichungsklausel nach oben und unten in einer Großstadt jedenfalls dann verfassungsrechtlich zu beanstanden ist, wenn es ohne Weiteres möglich ist, durch die Einbeziehung angrenzender Straßenzüge oder einzelner kleinerer Stadtquartiere zu einer annähernd gleich großen Gestaltung der Wahlbereiche zu gelangen“ (siehe BVerwG, Urteil vom 22.10.2008, RdNr. 57, zit. nach juris). Das ursprüngliche Kommunalwahlgesetz Sachsen-Anhalt (§ 7 KWGLSA) und das BbgKWahlG (§ 21 BbgKWahlG) haben annähernd übereinstimmende Vorschriften zur Einteilung des Wahlgebietes in mehrere Wahlkreise (WK), jedoch mit der Besonderheit, dass der sachsen-anhaltinische Landesgesetzgeber in der ursprünglichen Vorschrift des § 7 Absatz 2 Satz 3 KWG-LSA ausdrücklich bestimmt, dass die Wahlkreise (in Sachsen-Anhalt „Wahlbereiche“ genannt) „annähernd die gleiche Größe haben sollen“.

Das BVerwG hat in seiner vorgenannten Entscheidung insbesondere folgende Maßgaben für die Wahlkreiseinteilung aufgestellt:

„Zunächst hat die hierfür zuständige Behörde auf Grund der vorhandenen statistischen Größen festzulegen, wie viele Wahlbereiche überhaupt aufgestellt werden sollen. Dabei sind die Kriterien für deren Größe nach den vorgegebenen statistischen Maßstäben, etwaigen örtlichen Verhältnissen oder nach dem bisherigen Zuschnitt derartiger Wahlbereiche, in nachvollziehbarer Weise festzulegen. Diese verschiedenen Entscheidungselemente für die Einteilung der Wahlbereiche hat die Behörde zu gewichten und transparent und nachvollziehbar für die betroffenen Wahlbürger, aber auch für die später zur Kontrolle angerufenen Gerichte darzulegen, um etwaige Manipulationen auszuschließen. Die örtlichen Verhältnisse werden dabei eine unterschiedliche Rolle spielen, je nachdem ob es sich um Großstädte handelt oder großflächige Ortschaften in ländlicher Struktur. Bei der Gewichtung der unterschiedlichen Elemente hat der Entscheidungsträger zu beachten, dass nach dem überragenden Grundsatz der Wahlgleichheit und dem Grundsatz der Chancengleichheit primär von der "annähernd gleichen Größe" (vgl. § 7 Abs. 2 Satz 3 KWG LSA) der Wahlbereiche auszugehen ist. Das bedingt eine möglichst geringe Abweichung.

Die örtlichen Verhältnisse sind dabei "zu berücksichtigen", können aber nicht ohne zusätzliche Rechtfertigung allein den Grundsatz der Gleichheit der Wahl und den Grundsatz der Chancengleichheit überspielen. Denn der örtliche Zuschnitt darf nicht zu einer Verminderung der politischen Einflussnahme der Wahlberechtigten und der betreffenden Wahlbewerber in klein zugeschnittenen Wahlbereichen führen. Auch die Abweichungsklausel von 25 % nach oben oder nach unten darf nicht in pauschalierender, die Verwaltungspraxis ohne weiteres erleichternder Weise angewandt werden, wenn sie zu deutlichen Eingriffen in den Grundsatz der

Zur Vorlage III-008/23

Wahlgleichheit führt. Nur in zwingend zu begründenden Ausnahmefällen wird von dieser Prozentklausel Gebrauch gemacht werden können, etwa bei weit auseinander liegenden Ortschaften in einer großflächigen Gemeinde. Ein Rückgriff auf die 25 % Abweichungsklausel nach oben oder unten ist in einer Großstadt jedenfalls dann verfassungsrechtlich zu beanstanden, wenn es ohne Weiteres möglich ist, durch die Einbeziehung angrenzender Straßenzüge oder einzelner kleinerer Stadtquartiere zu einer annähernd gleich großen Gestaltung der Wahlbereiche zu gelangen. Hier spielt auch wiederum eine Rolle, wie viele Wahlbereiche in welcher Größe geschaffen werden. Denn mit der Entscheidung über die Anzahl der Wahlbereiche ist zugleich das Problem ihres annähernd gleichen Zuschnitts verbunden." (BVerwG vom 22.10.2008 (Az.: 8 C 1.08, Rn 51ff).

Dem Statistischen Bericht des AfS mit Stand 30. April 2023 ist eine Einwohnerzahl (EW-Zahl) für die Stadt Cottbus/Chóšebuz von 99.540 zu entnehmen, eine Qualifizierung auf einzelne Stadtteile ist nicht erfolgt. Mit Blick auf die Situation in den einzelnen Ortsteilen wird daher auf die Zahl im Melderegister zum 30. April 2023 Bezug genommen. Danach weist das Melderegister einen Stand der Einwohner (EW) in der Stadt Cottbus/Chóšebuz von insgesamt 99.484 auf, die zu verzeichnende Abweichung von 56 ist zu vernachlässigen.

Im Weiteren wird nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 31. Januar 2012 (Az.: 2 BvC 3/11, zit. nach juris) zur Auslegung des Art. 38 Abs. 1 Grundgesetz (GG) im Zusammenhang mit dem Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit bei der Anwendung des § 21 Abs. 2 Satz 2 BbgKWahlG die Anzahl der Wahlberechtigten (WB) herangezogen.

Bei den Kommunalwahlen 2003, 2008 und 2014 war das Wahlgebiet „Kreisfreie Stadt Cottbus/Chóšebuz“ jeweils in 5 Wahlkreise (mit annähernd gleichem Zuschnitt) eingeteilt. Dabei lag die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise bei bis zu 19,7% im Jahre 2003, bei bis zu 11,6% im Jahre 2008 und bei bis zu 21,0% im Jahre 2014.

Unter Berücksichtigung der aus der o. g. Entscheidung des BVerwG aufgestellten Maßgaben wurde für jede im gesetzlichen Rahmen befindliche Wahlkreisvariante je ein Vorschlag (dazu nachfolgend 1.) erarbeitet, bei der die Abweichung der einzelnen Wahlkreise vom Durchschnitt aller Wahlkreise am geringsten ist und **die Ortsteilgrenzen grundsätzlich beibehalten werden** (eine Übersicht hierzu findet sich in Anlage 3).

Im Weiteren wird für jede Wahlkreisvariante je ein Vorschlag (dazu nachfolgend 2.) erarbeitet, bei der die Abweichung der einzelnen Wahlkreise vom Durchschnitt aller Wahlkreise am geringsten ist, **aber teilweise Ortsteilgrenzen „geschnitten“ wurden** (eine Übersicht hierzu findet sich in Anlage 4).

Schließlich werden die Erkenntnisse aus den beiden vorausgenannten Vorschlägen gegenübergestellt (eine Übersicht hierzu findet sich in Anlage 5).

Zur Vorlage III-008/23

1. Unter Berücksichtigung der Ortsteilgrenzen in der Stadt Cottbus/Chósebuz sind bei einer Wahlkreiseinteilung von 3 Wahlkreisen (die höchste Abweichung der EW-Zahlen 21,4%), von 5 Wahlkreisen (die höchste Abweichung der EW-Zahlen 23,6%), von 6 Wahlkreisen (die höchste Abweichung der EW-Zahlen 34,9%) sowie von 7 Wahlkreisen (die höchste Abweichung der EW-Zahlen 24,1%) derart hohe Abweichungen festzustellen, die der o. g. Entscheidung des BVerwG nicht gerecht werden. Zwar wird in zwingend zu begründenden Ausnahmefällen von der Prozentklausel nach § 21 Abs. 2 Satz 2 BbgKWahlG Gebrauch gemacht werden können, etwa bei weit auseinander liegenden Ortschaften in einer großflächigen Gemeinde, wie dies etwa auf die Ortsteile Döbbrick und Kahren zutreffen könnte. Allein dies rechtfertigt jedoch nicht eine Wahlkreiseinteilung von 3, 5 oder 7 Wahlkreisen unter Rückgriff auf die 25% Klausel des § 21 Abs. 2 Satz 2 BbgKWahlG, wenn es ohne Weiteres möglich ist, durch die Einbeziehung angrenzender Straßenzüge oder einzelner kleinerer Stadtquartiere zu einer annähernd gleich großen Gestaltung der Wahlbereiche zu gelangen.

Dies ist vorliegend mit einer Wahlkreiseinteilung von 4 Wahlkreisen der Fall. Hierbei ist rechnerisch lediglich eine höchste Abweichung der EW-Zahlen von 6,3% zu verzeichnen. Auch die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise sowie die regionale Verbundenheit, welche die gesamten nördlichen Ortsteile (WK 1), die Ortsteile Ströbitz und Mitte (WK 2), den Ortsteil Sachsendorf nebst Spremberger Vorstadt (WK 3) sowie die im Süden der Stadt Cottbus/Chósebuz gelegenen Ortsteile (WK 4) umfassen, sprechen für diese Wahlkreiseinteilung in vier annähernd gleich große Wahlkreise.

2. Unter Berücksichtigung dessen, dass Ortsteilgrenzen in der Stadt Cottbus/Chósebuz keine Beachtung finden sollen, sind bei einer so vorgenommenen Wahlkreiseinteilung von 3 bis 7 Wahlkreisen unterschiedliche Ergebnisse festzustellen. Bei Einteilung in 3 und 6 Wahlkreisen wurde der Ortsteil Schmallwitz verschiedenen Wahlkreisen zugeordnet, bei einer Einteilung in 4 und 7 Wahlkreise der Ortsteil Ströbitz und bei einer Einteilung in 5 Wahlkreise der Ortsteil Spremberger Vorstadt. Rechnerisch ist bei einer Einteilung in 7 Wahlkreise eine höchste Abweichung der EW-Zahlen von 11,0% zu verzeichnen. Bei den übrigen Wahlkreiseinteilungen (3 WK, 4 WK, 5 WK sowie 6 WK) sind rechnerische Ergebnisse deutlich unter 10% zu verzeichnen, so dass jedenfalls insoweit den Anforderungen der Entscheidung des BVerwG Genüge getan wird.

Jedoch sind mit Blick auf die einzelnen Zuschnitte der Wahlkreise eben auch örtliche Verhältnisse zu berücksichtigen.

Die möglichen Varianten werden folgendermaßen gegenübergestellt:

Die Einteilung in **7 WK** ergibt eine Abweichung der EW-Zahlen von 11,0% und würde damit nicht der o. g. Entscheidung des BVerwG gerecht werden.

Zur Vorlage III-008/23

Eine Einteilung in **6 WK** wäre mit der genannten BVerwG-Entscheidung konform. Es muss aber festgestellt werden, dass zwischen den möglichen WK 2 (5,6%), 4 (6,9%) und 6 (4,6%) im Vergleich zu den nachfolgend dargestellten und möglichen Gliederungen des Wahlgebietes die höchsten Abweichungen bestehen und die Abweichung bei den Wahlberechtigten sogar bei 15,1% liegt. Aus diesem Grund ist auch diese Variante nicht empfehlenswert.

Bei der gewählten (mit der Entscheidung des BVerwG konformen) Einteilung in **5 WK** wird eingeschätzt, dass die örtliche Beziehung zwischen den Ortsteilen Mitte und dem Teilgebiet des Ortsteiles Spremberger Vorstadt nicht in so einer räumlich engen Beziehung stehen, wie es z. B. zwischen den Ortsteilen Mitte und Ströbitz der Fall ist. Aus diesem Grund wird diese Einteilung des Wahlgebietes nicht als die empfehlenswerteste Variante eingeschätzt.

In der dargestellten Möglichkeit der (ebenfalls mit der Entscheidung des BVerwG konformen) Einteilung in **4 WK** ist mit 3,9% die höchste Abweichung zum Mittelwert im WK 1 zu verzeichnen. Damit ist sie im Vergleich zur letzten Variante zur Einteilung ungünstiger und nicht empfehlenswert.

Die Einteilung in **3 WK** beinhaltet die geringste Abweichung zum Mittelwert und ist damit die empfehlenswerteste Variante.

3. In Abwägung der unter Ziffer 1 und 2 genannten Erkenntnisse ist für die Wahlkreiseinteilung zunächst festzuhalten, dass sowohl ein Vorschlag zur Einteilung von Wahlkreisen unter Berücksichtigung von Ortsteilgrenzen als auch ein solcher ohne Berücksichtigung der Ortsteilgrenzen den gesetzlichen wie auch den verfassungsrechtlichen Rahmen entspricht. Bei der Einteilung des Wahlgebietes „Kreisfreie Stadt Cottbus/Chóseebuz“ in **4 Wahlkreise** wäre **unter Berücksichtigung der Ortsteilgrenzen** die dargestellte höchste Abweichung von 6,3% im verfassungsrechtlichen Rahmen. Zu erwähnen ist, dass die höchste Abweichung in Bezug auf die Wahlberechtigten sogar bei nur 3,4% liegt.

Ebenso wäre bei der Einteilung des Wahlgebietes „Kreisfreie Stadt Cottbus/Chóseebuz“ **ohne Berücksichtigung der Ortsteilgrenzen** in 3 Wahlkreise bei der höchsten Abweichung von 3,1% EW diese im gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Rahmen. Auch hier ist zu erwähnen, dass die höchste Abweichung in Bezug auf die Wahlberechtigten ebenfalls bei nur 3,4% liegt.

Bei der Kommunalwahl 2019 war das Wahlgebiet „Kreisfreie Stadt Cottbus/Chóseebuz“ in 4 Wahlkreise eingeteilt. Dabei lag die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise bei 7,0% (EW) bzw. 5,3% (WB).

Mit Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus (VG Cottbus) vom 6. Mai 2021 (Az.: VG 1 K 1641/19) hat dieses u.a. festgestellt, dass die Wahlkreiseinteilung zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chóseebuz am 26. Mai 2019 nicht zu beanstanden gewesen wäre.

Fazit:

Im Ergebnis der Betrachtung kann eine Einteilung des Wahlgebietes „Kreisfreie Stadt Cottbus/Chósebuz“ in 4 Wahlkreise unter Berücksichtigung vorhandener Ortsteilgrenzen bzw. in 3 Wahlkreise bei einer Teilung des Ortsteils Schmellwitz empfohlen werden.